

No. 34467

**AUSTRIA
and
GERMANY**

Agreement on the readmission of persons at the frontier (Re-admission Agreement). Signed at Vienna on 16 December 1997

Authentic text: German.

Registered by Austria on 20 March 1998.

**AUTRICHE
et
ALLEMAGNE**

Accord concernant la réadmission des personnes à la frontière (Accord de réadmission). Signé à Vienne le 16 décembre 1997

Texte authentique : allemand.

Enregistré par l'Autriche le 20 mars 1998.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ÜBER DIE RÜCKÜBERNAHME VON PERSONEN AN DER GRENZE (RÜCKÜBERNAHMEABKOMMEN)

Die Bundesregierung der Republik Österreich

und

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland –

von dem Bestreben geleitet, die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze und die Durchbeförderung von Personen im Geiste der Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erleichtern –

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Übernahme eigener Staatsangehöriger

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt ohne besondere Formalitäten die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt.

(2) Falls die Staatsangehörigkeit nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, wird die diplomatische oder konsularische Vertretung der ersuchten Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, den Sachverhalt unverzüglich klarstellen.

(3) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Person unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Übernahme durch die ersuchte Vertragspartei nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen bei rechtswidriger Einreise oder Aufenthalt

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalitäten die Person, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt (Drittstaatsangehöriger), wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie aus dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei rechtswidrig in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist ist. Rechtswidrig ist eine Einreise, wenn der Drittstaatsangehörige im Zeitpunkt der Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die nach den innerstaatlichen Vorschriften der ersuchenden Vertragspartei geltenden Voraussetzungen für die Einreise nicht erfüllt.

(2) Jede Vertragspartei übernimmt nach vorheriger Benachrichtigung formlos einen Drittstaatsangehörigen, um dessen Übernahme die andere Vertragspartei innerhalb von vier Tagen nach seiner rechtswidrigen Einreise ersucht. Soweit diese Voraussetzungen nicht vorliegen, kann die Übernahme nach Absatz 1 beantragt werden.

- (3) Die Verpflichtung zur Übernahme nach den Absätzen 1 und 2 besteht nicht für:
- a) Drittstaatsangehörige, die bei ihrer Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei waren oder denen nach ihrer Einreise ein Visum oder ein anderer Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde;
 - b) Drittstaatsangehörige, für die nicht innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis der jeweiligen Behörden von der rechtswidrigen Einreise ein Übernahmeersuchen gestellt wird; für Drittstaatsangehörige, die sich seit mehr als einem Jahr auf dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei aufgehalten haben, ist eine Übernahme nicht mehr möglich;
 - c) Drittstaatsangehörige, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Januar 1967, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung von Staatenlosen zuerkannt hat;
 - d) Drittstaatsangehörige, die im ersuchenden Staat einen Asylantrag gestellt haben, für dessen Prüfung dieser zuständig ist und über den noch nicht endgültig befunden wurde;
 - e) Staatsangehörige dritter Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit der ersuchenden Vertragspartei haben.

(4) Die ersuchende Vertragspartei nimmt einen Drittstaatsangehörigen ohne besondere Formalitäten zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei innerhalb von sechs Monaten nach der Übernahme des Drittstaatsangehörigen festgestellt hat, daß die Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 nicht vorliegen.

Artikel 3

(1) Der Antrag auf Übernahme muß die Angaben zur Identität, zu den eventuell im Besitz des Drittstaatsangehörigen befindlichen Dokumenten, zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei und zu den Umständen seiner rechtswidrigen Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei enthalten.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Übernahmeersuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Die Übernahme des Drittstaatsangehörigen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei nur im Falle rechtlicher Hindernisse für die Übernahme und nur für die Dauer dieser rechtlichen Hindernisse verlängert.

Artikel 4

Als Aufenthaltstitel im Sinne dieses Abschnitts gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hierzu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens oder eines Antrags auf eine Aufenthaltsgenehmigung.

Abschnitt III

Durchbeförderung

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei übernimmt die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Übernahme durch den Zielstaat und durch etwaige weitere Durchbeförderungsstaaten sichergestellt ist.

(2) Das Ersuchen um Durchbeförderung muß Angaben insbesondere zur Identität des Drittstaatsangehörigen, zu Datum, Zeit und Ort der Durchbeförderung sowie zum allenfalls erforderlichen Begleitpersonal enthalten. Das Ersuchen muß darüber hinaus die Erklärung enthalten, daß die Voraussetzungen nach Absatz 1 gegeben und keine Ablehnungsgründe nach Absatz 3 bekannt sind.

(3) Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im Zielstaat oder in einem etwaigen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in seinem Leben oder seiner Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität,

seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann des weiteren abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müßte oder ihm im Zielstaat oder in einem etwaigen weiteren Durchbeförderungsstaat strafrechtliche Verfolgung droht.

(4) Ein Transit-Visum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.

(5) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV

Datenschutz

Artikel 6

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

1. die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit),
2. den Personalausweis oder den Reispaß (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.),
3. sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben,
4. die Aufenthaltsorte und die Reisewege,
5. allenfalls vorhandenes erkennungsdienstliches Material, das für die Prüfung der Übernahmeveraussetzungen nach diesem Abkommen von Belang sein könnte.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Die übermittelnde und empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
6. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Übermittelte Daten, die von der übermittelnden Behörde gelöscht werden, sind binnen sechs Monaten auch vom Empfänger zu löschen.

Abschnitt V

Kosten

Artikel 7

Alle mit der Rückführung zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei, ferner die Kosten der Durchbeförderung nach Artikel 5, trägt die ersuchende Vertragspartei. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme.

Abschnitt VI**Durchführungsbestimmungen****Artikel 8**

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen, insbesondere über

- a) die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung,
- b) die Angaben, Unterlagen und Beweismittel, die zur Übernahme erforderlich sind,
- c) die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Stellen,
- d) die Bestimmung der Orte für die Übernahme

werden in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

Abschnitt VII**Schlußbestimmungen****Artikel 9**

(1) Die Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge nebst dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

(2) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus völkerrechtlichen Übereinkünften bleiben unberührt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es tritt 30 Tage nach Unterzeichnung in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt die mit Notenwechsel vom 19. Juli 1961 geschlossene Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland betreffend die Übernahme von Personen an der Grenze außer Kraft.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen auf diplomatischem Weg kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit suspendieren. Die Suspendierung, die auf diplomatischem Wege zu erfolgen hat, tritt sieben Tage nach der Notifikation in Kraft.

Geschehen zu Wien am 16. Dezember 1997 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesregierung
der Republik Österreich:

KARL SCHLÖGL

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

SEILER-ALBRING
KANTHER

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE FEDERAL GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE READMISSION
OF PERSONS AT THE FRONTIER

The Federal Government of the Republic of Austria and the Government of the Federal Republic of Germany,

Desiring to facilitate the reciprocal readmission of persons at the common frontier and the transit of persons in the spirit of cooperation and good-neighbourly relations,

Have agreed as follows:

SECTION I

READMISSION OF OWN NATIONALS

Article 1

(1) Each Contracting Party shall readmit, without any particular formalities, persons who do not, or who no longer fulfil the conditions in force for entry into or residence in the territory of the requesting Contracting Party provided that it is proved or may be validly assumed that they possess the nationality of the requested Contracting Party.

(2) If nationality cannot be substantiated, the diplomatic mission or consular post of the requested Contracting Party whose nationality the person is assumed to possess shall clarify the matter promptly on request.

(3) The requesting Contracting Party shall readmit such persons on the same terms should it subsequently be found that at the time the person was readmitted by the requested Contracting Party, he or she did not possess the nationality of the requested Contracting Party.

SECTION II

READMISSION OF THIRD-COUNTRY NATIONALS IN CASES
OF ILLEGAL ENTRY OR STAY*Article 2*

(1) Each Contracting Party shall, at the request of the other Contracting Party and without any particular formalities, readmit a person who does not possess the nationality of either Contracting Party (a third-country national) if it is proved or can validly be assumed that the person entered the territory of the requesting Contracting Party illegally from the territory of the requested Contracting Party. Entry

¹ Came into force on 15 January 1998, i.e., 30 days after the date of signature, in accordance with article 10.

shall be illegal if, at the time of entry into the territory of the requesting Contracting Party, the third-country national does not meet the domestic legal requirements in force for entry into the requesting Contracting Party.

(2) Following notification, each Contracting Party shall informally readmit a third-country national if so requested by the other Contracting Party within four days of the illegal frontier-crossing. If these conditions do not apply, acceptance may be requested under paragraph 1.

(3) The obligation to accept a person under paragraphs 1 and 2 does not exist in the case of:

(a) Third-country nationals who at the time of entry into the territory of the requesting Contracting Party possessed a valid visa or other residence permit of that Contracting Party or who were granted a visa or other residence permit by that Contracting Party after entry;

(b) Third-country nationals in respect of whom readmission is not requested within six months of the authorities becoming aware of the illegal entry; for third-country nationals who have resided in the territory of the requesting Contracting Party for over one year, acceptance is no longer possible;

(c) Third-country nationals who have been recognized by the requesting Contracting Party either as refugees under the Geneva Convention of 28 July 1951¹ relating to the Status of Refugees², as amended by the New York Protocol of 31 January 1967³, or as stateless persons under the New York Convention relating to the Status of Stateless Persons, of 28 September 1954⁴;

(d) Third-country nationals who have applied for asylum in the requesting State, which that State has to examine and with respect to which no final ruling has been issued;

(e) Nationals of third States that have a common frontier with the requesting Contracting Party.

(4) The requesting Contracting Party shall readmit a third-country national, without any particular formalities, if the requested Contracting Party ascertains within six months of the readmission of the third-country national that the requirements under paragraphs 1 and 2 have not been met.

Article 3

(1) The readmission request must contain information regarding the identity of the third-country national, any documents that might be in the alien's possession, the length of stay in the territory of the requested Contracting Party, and the circumstances surrounding the alien's illegal entry into the territory of the requesting Contracting Party.

(2) The requested Contracting Party shall respond promptly to an application for readmission of a third-country national and in any event within 14 days. The readmission shall take place promptly, and in any event within at most three months of the requested Contracting Party's consent to the readmission. This term

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

³ *Ibid.*, vol. 414, p. 211.

⁴ *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

shall, at the behest of the requesting Contracting Party, be extended only if there are legal impediments to the readmission and for the duration thereof.

Article 4

For the purposes of this section, a residence permit shall be construed as any kind of permission issued by a Contracting Party entitling the holder to stay in its territory. This does not include the limited stay allowed in the territory of one of the Contracting Parties for the purpose of processing a request for asylum or requesting a residence permit.

SECTION III

TRANSIT

Article 5

(1) Each Contracting Party shall provide transit for third-country nationals when so requested by the other Contracting Party and when the readmission is guaranteed by the State of destination and by any other States of transit.

(2) The application for transit must contain the personal data of the third-country national, the date, time, and place of transit, and details of any persons that may be needed to accompany that person. The application must also state that the requirements pursuant to paragraph 1 have been met and no reasons for refusal pursuant to paragraph 3 are known.

(3) Transit shall not be applied for and may be refused if the third-country national is at risk of being subjected to inhumane or degrading treatment or punishment or the death penalty, or if the alien's life or freedom would be threatened for reasons of race, religion, nationality, membership in a particular social group or political beliefs, in the country of destination or any other country of transit. Transit may also be refused if the third-country national would be liable to criminal prosecution in the requested State or if the alien faces the threat of prosecution in the country of destination or any other country of transit.

(4) The requested Contracting Party shall not be required to issue a transit visa.

(5) Even after consent has been given, persons accepted for transit may be returned to the other Contracting Party if facts pursuant to paragraph 2 subsequently arise or become known that constitute an obstacle to transit or if continuation of the journey or acceptance by the State of destination is no longer assured.

SECTION IV

DATA PROTECTION

Article 6

(1) Insofar as personal data have to be communicated in order to implement this Agreement, such information may concern only the following:

1. The particulars of the person to be transferred and, where necessary, of the members of the person's family (name, first name, where applicable former names, surnames, or pseudonyms, date and place of birth, sex, current and former nationalities);

2. Identity card or passport (number, expiration date, date of issue, issuing authority, place of issue, etc.);
3. Other information needed to identify persons to be transferred over;
4. Stopping places and itineraries;
5. Any available fingerprints or photographs that might be of importance for verifying compliance with the requirements under this Agreement.

(2) To the extent that personal data are furnished under this Agreement, the following provisions apply, in compliance with the domestic legal requirements in force in each Contracting Party.

1. The Party receiving the data may use them only for the pre-established purpose and on the terms stipulated by the authorities providing the data.

2. On request, the Party receiving the data shall inform the authorities providing them of the use made of the data and of any results obtained through them.

3. Personal data may only be provided to the competent authorities. Forwarding to other departments shall require prior permission from the Party providing the data.

4. The authority providing the data must ensure that they are correct, necessary, and proportionate to the purpose for which the data have been provided. Prohibitions on the provision of data under national law shall be respected. If it is shown that incorrect data, or data that should not have been provided, were provided, the recipient shall be informed immediately. The recipient must then correct or destroy the data;

5. The providing and receiving Parties must keep an official record of the provision and receipt of data relating to individuals;

6. The providing and receiving Parties must provide effective protection of data relating to individuals against unauthorized access, unauthorized alteration, and unauthorized publication.

7. Data remitted that are deleted by the authority providing them shall also be deleted by the recipient within six months.

SECTION V

COSTS

Article 7

All costs arising from transporting the alien to the frontier of the requested Contracting Party and the costs of transit under article 5 shall be borne by the requesting Contracting Party. The same shall apply in cases of reacceptance of aliens.

SECTION VI

Article 8

Any further regulations needed in order to implement this Agreement, in particular concerning

- a) Mutual notification procedures;

- b) The information, documents, and evidence required for readmission of persons;
- c) The authorities responsible for implementing this Agreement; and
- d) Determination of points at which the readmission can occur shall be agreed upon in a Protocol relating to implementation of this Agreement.

SECTION VII

FINAL PROVISIONS

Article 9

(1) Application of the Convention of 28 July 1951 relating to the Status of Refugees, together with the Protocol of 31 January 1967 relating to the Status of Refugees, shall not be affected.

(2) The obligations of the Contracting Parties under international treaties shall not be affected.

Article 10

(1) This Agreement shall remain in force indefinitely. It shall enter into force thirty days after signature.

(2) When this Agreement enters into force, the Exchange of Notes constituting an Agreement concerning the readmission of persons at the Frontier between Austria and the Federal Republic of Germany of 19 July 1961 shall cease to be in force.

Article 11

(1) Each Contracting Party may terminate this Agreement through the diplomatic channel. The termination shall take effect on the first day of the month following the month in which notice of termination was received by the other Contracting Party.

(2) Each Contracting Party may suspend the application of this Agreement for reasons of public order (*ordre public*), safety, or health. The suspension, which must be notified through the diplomatic channel, shall take effect seven days after notification.

DONE at Vienna, on 16 December 1997, in two original copies in the German language.

For the Government
of the Republic of Austria:

KARL SCHLÖGL

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

SEILER-ALBRING
KANThER

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE CONCERNANT LA RÉADMISSION DES PERSONNES À LA FRONTIÈRE (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Guidés par la volonté de faciliter la réadmission des personnes à la frontière commune et le transit des personnes, dans un esprit de coopération et de bon voisinage et sur la base de la réciprocité,

Sont convenus de ce qui suit :

SECTION I

RÉADMISSION DES AUTOCHTONES

Article premier

1. Chaque Partie contractante prend en charge sans formalités particulières une personne qui ne remplit pas ou ne remplit plus les conditions requises pour l'entrée ou le séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante quand il est démontré ou devenu crédible que ladite personne est ressortissante de la Partie contractante requise.

2. Lorsque la nationalité ne peut pas être établie avec certitude, la représentation diplomatique ou consulaire de la Partie contractante requise, dont la personne en cause est probablement un ressortissant, vérifie la situation immédiatement.

3. La Partie contractante requérante réadmet ladite personne dans les mêmes conditions lorsqu'un examen ultérieur révèle que ladite personne ne possédait pas la nationalité de la Partie contractante requise lors de sa réadmission par la Partie contractante requise.

SECTION II

RÉADMISSION DES RESSORTISSANTS DE PAYS TIERS
EN CAS D'ENTRÉE SUR LE TERRITOIRE OU DE SÉJOUR ILLÉGAUX

Article 2

1. A la demande de l'autre, chaque Partie contractante réadmet sans formalités particulières une personne qui ne possède aucune des nationalités des Parties contractantes (ressortissant d'un pays tiers) dans les cas où est démontrée ou plausible l'entrée illégale de ladite personne sur le territoire de la Partie contractante

¹ Entrée en vigueur le 15 janvier 1998, soit 30 jours après la date de signature, conformément à l'article 10.

requérante, et ce, à partir du territoire de la Partie contractante requise. Une entrée est considérée comme illégale quand elle est le fait d'un ressortissant d'un pays tiers qui, à ce moment-là, ne remplit pas les conditions stipulées par la législation de la Partie contractante requérante et sur le territoire de laquelle a eu lieu cette entrée.

2. Après avoir été prévenue, chacune des Parties contractantes réadmet sans formalités un ressortissant d'un pays tiers dont la réadmission a été requise par l'autre Partie contractante, dans les quatre jours qui suivent l'entrée illégale dudit ressortissant. Au cas où ces conditions ne sont pas réunies, la réadmission peut être demandée selon les modalités présentées au paragraphe 1.

3. La réadmission selon les modalités des paragraphes 1 et 2 n'est pas obligatoire pour :

a) Les ressortissants d'un pays tiers qui possédaient lors de leur entrée sur le territoire national de la Partie contractante requérante soit un visa valide, soit un autre titre de séjour de ladite Partie contractante ou qui ont reçu de cette dernière un visa valide ou un autre titre de séjour;

b) Les ressortissants d'un pays tiers pour lesquels une demande de réadmission n'a pas été formulée dans les six mois qui suivent le moment où les services compétents de la Partie contractante requérante sont informés de l'entrée illégale; les ressortissants d'un pays tiers qui ont séjourné plus d'un an sur le territoire national de la Partie contractante requérante ne peuvent plus faire l'objet d'une réadmission;

c) Les ressortissants d'un pays tiers qui ont reçu de la Partie contractante requérante le statut de réfugiés, conformément à la Convention de Genève du 28 juillet 1951¹ relative au statut des réfugiés², modifiée par le Protocole relatif au statut des réfugiés, signé à New York le 31 janvier 1967³, ou celui d'apatrides, conformément à la Convention de New York sur le statut des apatrides, du 28 septembre 1954⁴;

d) Les ressortissants d'un pays tiers qui ont demandé l'asile auprès de la Partie contractante requérante, quand cette dernière est chargée d'examiner cette requête et que cet examen n'est pas encore terminé;

e) Les ressortissants d'un pays tiers, limitrophe de la Partie contractante requérante.

4. La Partie contractante requérante réadmet sans formalités un ressortissant d'un pays tiers quand la Partie contractante requise démontre dans les six mois suivant la réadmission de ladite personne que les conditions des paragraphes 1 et 2 ne sont pas réunies.

Article 3

1. La demande de réadmission doit inclure les renseignements concernant l'identité, les éventuels documents en possession du ressortissant d'un pays tiers, le séjour sur le territoire national de la Partie contractante requérante et les conditions de son entrée illégale sur le territoire national de ladite Partie.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 189, p. 137.

² *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

³ *Ibid.*, vol. 414, p. 211.

⁴ *Ibid.*, vol. 360, p. 117.

2. La Partie contractante requise répond sans retard aux demandes de réadmission qui lui sont adressées, dans un délai de 14 jours au maximum. La réadmission du ressortissant d'un pays tiers est effectuée immédiatement, dans un délai de trois mois au plus, suivant l'accord donné par la Partie contractante requise. A la demande de la Partie contractante requérante, ce délai peut être prolongé uniquement en cas de problèmes juridiques concernant la réadmission et seulement pendant le temps nécessaire pour les résoudre.

Article 4

Dans l'esprit de cette section du présent Accord, toutes les autorisations — quel que soit leur type — établies par l'une des Parties contractantes et qui permettent le séjour sur le territoire national sont considérées comme des titres de séjour, à l'exception des autorisations temporaires pour le séjour sur le territoire national délivrées pour le temps nécessaire à l'examen d'une demande d'asile ou d'une demande de permis de séjour.

SECTION III

TRANSIT

Article 5

1. Chaque Partie contractante procède au transit de ressortissants de pays tiers si l'autre Partie contractante le demande et à condition que le pays de destination et d'autres pays éventuels de transit garantissent leur prise en charge.

2. La demande de transit doit inclure les renseignements concernant l'identité, la date, l'heure et le lieu du transit, ainsi que les accompagnateurs éventuellement requis. La demande doit de plus inclure une déclaration indiquant que les conditions contenues dans le paragraphe 1 sont remplies et que l'on ne connaît pas de motif de refus, conformément au paragraphe 3.

3. L'autorisation de transit ne doit pas être demandée et peut être refusée lorsque le ressortissant d'un pays tiers risque d'être soumis, dans le pays de destination ou dans un éventuel pays de transit, à des traitements ou à des punitions inhumains ou portant atteinte à sa dignité, à la peine de mort, ou bien si la vie ou la liberté dudit ressortissant sont en péril à cause de sa race, de sa religion, de sa nationalité, de son appartenance à une certaine catégorie sociale ou de ses opinions politiques. L'autorisation de transit peut aussi être refusée lorsque le ressortissant d'un pays tiers serait passible de poursuites judiciaires par la Partie contractante requise ou s'il risque des poursuites pénales dans le pays de destination ou dans un éventuel pays de transit.

4. Un visa de transit délivré par la Partie contractante requise n'est pas nécessaire.

5. En dépit d'une autorisation accordée, les personnes dont le transit a été autorisé peuvent être rendues à l'autre Partie contractante quand des faits s'opposant à un transit, au sens du paragraphe 2, se produisent ou sont décelés, ou quand la poursuite du voyage ou l'accueil par le pays de destination ne sont plus garantis.

SECTION IV

PROTECTION DES DONNÉES

Article 6

1. Quand la transmission de données concernant des personnes est requise dans le cadre du présent Accord, ces informations doivent concerner uniquement :

1) L'identité de la personne à remettre et éventuellement celle des proches (nom, prénom, éventuellement le nom précédent, les surnoms et les pseudonymes, la date et le lieu de naissance, le sexe, la nationalité actuelle et la précédente),

2) La carte d'identité ou le passeport (numéro, durée de validité, date d'émission, service émetteur, lieu d'émission, etc.),

3) Des indications nécessaires à l'identification de la personne à remettre,

4) Les lieux de résidence et les itinéraires,

5) En cas de besoin, du matériel relatif à l'identification et qui pourrait être utile lors de l'examen des conditions nécessaires, conformément au présent Accord.

2. Lors de la transmission de données personnelles effectuée dans le cadre du présent Accord, les conditions suivantes sont à respecter aux termes des réglementations nationales valides pour chaque Partie contractante;

1) Le destinataire ne peut utiliser les données transmises que pour atteindre le but déclaré et dans les conditions formulées par le service émetteur.

2) A la demande de la Partie expéditrice, le destinataire la renseigne sur l'utilisation des données transmises et sur les résultats ainsi obtenus.

3) Les données personnelles ne peuvent être transmises qu'aux autorités compétentes. Une transmission ultérieure à d'autres autorités est sujette à l'autorisation préalable de l'autorité expéditrice.

4) L'autorité expéditrice est tenue de vérifier les données transmises et de prendre en considération leur nécessité et leur contextualité par rapport aux fins annoncées. Les interdictions en vigueur selon les lois nationales concernant la transmission de données doivent être respectées. S'il s'avère que des données incorrectes, ou des données dont la communication est prohibée, ont été transmises, le destinataire doit être informé immédiatement et il doit procéder à une correction ou à une destruction des données en question.

5) Le service expéditeur des données et le destinataire sont tenus d'enregistrer la transmission et la réception de données personnelles.

6) Le service expéditeur des données et le destinataire sont tenus de protéger de façon efficace les données contre un accès, une modification et une diffusion non autorisés.

7) Les données transmises qui sont détruites par le service expéditeur doivent l'être également par le destinataire.

SECTION V

COÛTS

Article 7

Tous les coûts du voyage de retour jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise, ainsi que les frais du transit selon l'article 5, sont assumés par la Partie contractante requérante. Il en va de même pour les cas de réadmission.

SECTION VI

DISPOSITIONS RELATIVES À L'APPLICATION
DU PRÉSENT ACCORD*Article 8*

Les conditions supplémentaires nécessaires à l'application du présent Accord relatives notamment :

- a) Au type et à la manière des communications réciproques,
- b) Aux renseignements, aux documents et aux moyens de preuve nécessaires à la réadmission,
- c) Aux autorités chargées d'appliquer le présent Accord,
- d) Au choix des lieux retenus pour la réadmission, seront consignées dans un Protocole d'application du présent Accord.

SECTION VII

DISPOSITIONS FINALES

Article 9

1. Le présent Accord n'a pas d'effet sur la Convention du 28 juillet 1951, relative au statut des réfugiés, ou sur le Protocole du 31 janvier 1967, relatif au statut des réfugiés.

2. Le présent Accord ne modifie pas les obligations assumées par les Parties contractantes au titre des Accords internationaux.

Article 10

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée; il entre en vigueur 30 jours après sa signature.

2. L'entrée en vigueur du présent Accord rend caduc l'échange de notes du 19 juillet 1961 constituant un accord entre le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sur la remise des personnes à la frontière.

Article 11

1. Chacune des Parties contractantes peut résilier le présent Accord par la voie diplomatique. La réalisation prend effet le premier jour du mois qui suit le mois de la réception de la résiliation par l'autre Partie contractante.

2. Chacune des Parties contractantes peut suspendre le présent Accord pour des considérations de sécurité nationale, d'ordre public, ou des raisons sanitaires. Cette suspension, qui doit être notifiée par la voie diplomatique, prend effet sept jours après l'envoi de la notification.

FAIT à Vienne le 16 décembre 1997 en deux versions originales en langue allemande.

Pour le Gouvernement fédéral
d'Autriche :

KARL SCHLÖGL

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

SEILER-ALBRING
KANTHER
